

RHEINLAND-PFALZ

**Lärmschutz-Aktion:
Ergebnisse alarmieren**

Im Rahmen einer Sonderaktion Lärmschutz haben die staatlichen Gewerbeaufsichtsämter insgesamt 2086 Baustellen und 834 holzverarbeitende Betriebe besichtigt. Dabei mußten nach Angaben der Staatssekretärin im Sozialministerium, Dr. Renate Hellwig, im Durchschnitt bei jeder dritten Besichtigung Lärmbekämpfungsmaßnahmen angeordnet werden; in Wohngebieten wurde sogar jede zweite Baustelle beanstandet. In den Holzbetrieben wurde festgestellt, daß fast jeder fünfte Arbeitnehmer gehörschädigendem Lärm ausgesetzt ist. gb

NIEDERSACHSEN

**Kosten verzehnfacht in
der stationären Altenhilfe**

165 Millionen DM wird das Land Niedersachsen im Jahre 1976 für die mehr als 10 000 Bürger aufbringen müssen, die in Altenpflegeeinrichtungen untergebracht sind. Im Jahre 1970 zahlte das Land für die stationäre Altenpflege nur etwa 15 Millionen DM.

Mit diesen Zahlen unterstrich Sozialminister Schnipkoweit seine Sorgen über die Kostenentwicklung in der stationären Altenhilfe und auch über die Pflegesätze in Altenwohnheimen, bei denen heute Monatsbeträge von fast 2000 DM – bei Intensivpflege sogar 3000 DM – bereits keine Ausnahmen mehr seien.

Die Rentenanpassungen könnten mit dieser „Kostenexplosion“ nicht Schritt halten, so daß heute bereits 70 Prozent der Heimbewohner Sozialhilfe beantragen müssen.

Einen Ausweg sieht der Minister im Ausbau der offenen und halboffenen Hilfen für ältere Mitbürger im

ambulanten und teilstationären Bereich. Der wichtigste Schritt auf diesem Wege sei zur Zeit der Aufbau eines Netzes von Sozialstationen, damit kostspielige Fehlplatzierungen älterer Menschen, etwa in Krankenhäusern, verhindert werden können. DÄ

**Bereits jeder zweite
Psychiatrie-Patient
ein Alkoholkranker**

In einigen psychiatrischen Landeskrankenhäusern überschreitet der Anteil Alkoholkranker an den Patienten bereits 50 Prozent, erklärte Sozialminister Hermann Schnipkoweit bei der Einweihung eines Therapiezentrums der Fachklinik für Alkoholranke in Neuenkirchen. Bei ihrem Sanierungsprogramm für die psychiatrischen Landeskrankenhäuser werde die Landesregierung dafür Sorge tragen, daß eine differenzierte Unterbringung und Versorgung der Alkoholkranken sichergestellt werde. Der Sozialminister erklärte weiter, es fehlten auch in Niedersachsen noch immer eine ausreichende Anzahl von offenen Heilstätten für Alkoholranke, vor allem aber auch ambulante Behandlungsmöglichkeiten, Übergangseinrichtungen und Einrichtungen für chronisch Kranke. WZ

BERLIN

**Seltene Praktiken
der FU-Poliklinik**

Die Medizinische Klinik und Poliklinik der Freien Universität Berlin wendet sich in Rundschreiben an Patienten, die „in den vergangenen Jahren“ im Klinikum „in stat./oder poliklinischer Behandlung“ waren, und fordert diese Patienten auf, „zu einer ambulanten Nachuntersuchung“ im Rahmen ihrer poliklinischen Sprechstunde zu erscheinen, um den Verlauf der Erkrankung und eventuelle Auswirkungen zu beurteilen. Dabei wird den Patienten sogleich ein Termin gesetzt

**DEUTSCHES
ÄRZTEBLATT**
Ärztliche Mitteilungen

**Seit dem 25. Oktober:
Neue Anschrift,
neue Telefonnummer
der Redaktion**

Bitte, beachten Sie: Am Montag, dem 25. Oktober, hat die Redaktion des DEUTSCHEN ÄRZTEBLATTES ihren Sitz in die unmittelbare Nähe der Bundesärztekammer und der Kasernenärztlichen Bundesvereinigung verlegt. Die Anschrift der Redaktion lautet jetzt:

**Haedenkampstraße 5
5000 Köln 41
(Lindenthal).**

Die Redaktion ist telefonisch über die Durchwahlsammelnummer

(02 21) 47 28-1

zu erreichen; für Fernschreiben gilt die neue Telexnummer 8 882 308 daeb d.

► Bitte, beachten Sie, daß die Anschrift des Deutschen Ärzte-Verlages und der Anzeigenabteilung des DEUTSCHEN ÄRZTEBLATTES *unverändert* bleibt. Sie lautet:

Dieselstraße 2,
Postfach 40 04 40,
5000 Köln 40 (Lövenich),
Telefon: (0 22 34) 70 11-1,
Fernschreiber:
8 89 168 daev d.

und verlangt, daß die Patienten sich telefonisch melden, um den Termin zu bestätigen beziehungsweise eine andere Terminvereinbarung zu treffen. Wörtlich heißt es dann weiter: „Bitte lassen Sie sich von Ihrem Hausarzt für den vereinbarten Termin eine Überweisung an die Medizinische Poliklinik, Lungensprechstunde, ausstellen und melden Sie sich damit am vereinbarten Tag in der zentralen Aufnahmehalle (Eingang Klingsorstraße)“.

Der Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin ist über diese eklatante Verletzung der gesetzlichen Bestimmungen über die ambulante Krankenversorgung tiefest befremdet und erblickt in dieser offensichtlichen Werbekampagne für die poliklinische Tätigkeit eine grobe Verletzung des Vertrages zwischen der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin und den ermächtigten oder beteiligten Ärzten. Die KV Berlin hat ihre Mitglieder angewiesen, Überweisungen grundsätzlich nur auf Grund einer gezielten Diagnose für einen bestimmten Arzt auszustellen. Sie verurteilt die Methode des Mißbrauchs von Krankenunterlagen für Rundschreiben mit werbendem Charakter, insbesondere aber den Versuch, in Anbetracht des geringen Interesses der Patienten an der poliklinischen Versorgung, die bestehenden Verträge zu umgehen. zel

In einem Satz

Sportförderung — Mit insgesamt 700 Millionen DM haben die Bundesländer in den Jahren 1970 bis 1976 den Leistungs- und Hochleistungssport gefördert, wie aus einer vom Bundesinnenministerium in Auftrag gegebenen Erhebung hervorgeht.

Sozialgesetze — In der zur Ende gehenden siebten Legislaturperiode wurden insgesamt 66 sozialpolitische Gesetze vom Deutschen Bundestag verabschiedet. DÄ

I. Interdisziplinäres Forum — Wertung eines Experimentes

Der „Deutsche Senat für ärztliche Fortbildung“ zog sein Resümee

Die elf Themen des I. Interdisziplinären Forums „Fortschritt und Fortbildung in der Medizin“, das die Bundesärztekammer zwischen dem 13. und 16. Oktober 1976 in Köln veranstaltete, gelten als Schwerpunkte der ärztlichen Fortbildung im Jahr 1977. Das hat der „Deutsche Senat für ärztliche Fortbildung“ — Ausschuß der Bundesärztekammer, gewählt vom Deutschen Ärztetag und ergänzt um die Fortbildungsbeauftragten der Landesärztekammern sowie um Repräsentanten der überregionalen Fortbildungsveranstalter — am 16. Oktober beschlossen.

Mit diesem Beschluß bestätigte der „Senat“ die Themenauswahl und indirekt auch das Konzept des Interdisziplinären Forums. Das war keineswegs selbstverständlich, wenn auch der Vorsitzende des Senats, Professor Dr. med. Albert Schretzenmayr mit Professor Dr. F. Loew, dem Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Beirates der Bundesärztekammer; Prof. Dr. Dr. h. c. C. E. Alken, dem Leiter der medizinisch-wissenschaftlichen Redaktion des DEUTSCHEN ÄRZTEBLATTES, und Dr. P. E. Odenbach, dem Leiter der neuen BÄK-Abteilung Fortbildung und Wissenschaft in der wissenschaftlichen Leitung des Forums zusammenwirkte: Denn diese erste große interdisziplinäre Veranstaltung war ein Experiment, „ein Versuch zur weiteren Verbesserung der ärztlichen Fortbildung“, wie Bundesärztekammer-Präsident Prof. Dr. Hans Joachim Sewering bei der Eröffnung des „Forums“ betont hatte, nicht unumstritten gerade auch unter den Fortbildungsexperten der Kammern.

Ein gut Teil der sachlichen Kritik, die auf der Senatssitzung wie auch in Gesprächen am Rande der Veranstaltung vorgebracht wurde, resultiert aus eben dem experimentellen Charakter dieser ersten Veranstaltung. Die Grundkonzeption dagegen wurde auch im Senat bestätigt. Diese besagt, daß auf dem Forum Wissenschaftler aller Disziplinen mit den Verantwortlichen für die Fortbildung zusammengebracht werden sollen, um neue Erkenntnisse der medizinischen Forschung auf ihren Fortbildungswert hin und damit letztlich auf ihre Anwendbarkeit in der Praxis zu sichten.

Geladen waren demnach neben den Wissenschaftlern, die als Referenten und Korreferenten auftraten, in erster Linie alle die, die überregional, regional und lokal Fortbildung „machen“. Diese Einladung war offenbar bei vielen der Betroffenen nicht angekommen, denn unter den rund 300 Teilnehmern, die sich zu dem Forum angemeldet hatten, waren weit weniger jener Fortbildungsbeauftragten zu sichten, als man hätte erwarten können. Das Fehlen allzu vieler „Multiplikatoren“ (Schretzenmayr, der damit freilich nicht die Presse gemeint haben kann, denn die war gut vertreten) wurde auf der Senatssitzung von den Veranstaltern des Forums besonders bedauert.

Zu einem Teil wird man das Ausbleiben manchen Unklarheiten anlasten müssen, die in den ersten Monaten nach Bekanntwerden der Bundesärztekammerpläne um dieses Forum entstanden waren. Verschiedentlich war das Vorhaben, das zunächst als „Zentralkongreß“ apostrophiert worden war,